

Victim Blaming

Berichterstattung zum Erdbeben in Venezuela

Von Volker Hermsdorf

Kein vernunftbegabter Mensch würde versuchen, eine Regierung, Parteien oder Politiker für eine Naturkatastrophe verantwortlich zu machen. Nach anfänglicher Betroffenheit und Mitgefühl für die Zigtausenden Opfer des verheerenden Doppelbebens in Venezuela schaffen es einige Medien dennoch, die Verrenkung zu machen, dem Chavismus die Schuld für das Ausmaß der Schäden und für Probleme bei den Rettungseinsätzen in die Schuhe zu schieben. Einen Zusammenhang zwischen den seit Jahren verhängten US-Sanktionen, dem Raub von venezolanischem Gold sowie Vermögenswerten und der maroden Infrastruktur des Landes sehen diese Medien indes nicht. Der auf den ersten Blick absurd wirkende Versuch entspricht dem Muster des »Victim Blaming«, bei dem die Verantwortung für eine Tat oder einen Zustand vom Täter auf das Opfer abgewälzt wird.

Ein Teil der in kommunikativer Perversion geübten westlichen Medien liefert dafür erneut beeindruckende Beispiele. Während das in Zürich beheimatete *SRF* immerhin Stefan Wiemer, den Leiter des Schweizerischen Erdbebendienstes, mit der Aussage zitiert, dass sich derartige Beben »einfach nicht vorhersagen lassen«, verbreitete die *Taz* unter der Überschrift »Der Staat liegt in Trümmern«: Die »von Delcy Rodríguez geführte Regierung lässt die Bevölkerung genauso schutzlos«, wie diese es bereits seit Jahren erleiden muss.

Im Gegensatz dazu verweist die *Frankfurter Rundschau* zwar dezent auf Sanktionen, ohne jedoch zu erwähnen, dass die mehr als 1.400 US-Zwangmaßnahmen zwischen 2015 und 2020 zu einem Rückgang der Staatseinnahmen um 98 Prozent geführt hatten, wodurch das Bruttoinlandsprodukt in dieser Zeit auf ein Viertel seines Wertes sank, wie William Castillo, der Minister für Antiblockadepolitik, erklärte. Ohne ein Wort der Kritik zu verlieren, lobt die *FR* das US-Finanzministerium statt dessen für eine »bemerkenswerte Entscheidung«. Denn: »Transaktionen im Zusammenhang mit Erdbebenhilfe werden vorübergehend (bis 23. Oktober, jW) erlaubt, obwohl sie normalerweise unter die Venezuela-Sanktionen fallen würden.«

Auch Leitmedien wie *Spiegel* und *Tagesschau.de* unterschlagen das volle Ausmaß der von Washington und der EU verhängten Maßnahmen und deren Verantwortung für den Zustand des Landes. »Venezuela litt seit Jahrzehnten unter Missmanagement und Korruption«, heißt es auf *Tagesschau.de*, mit der banalisierenden Ergänzung: »Hinzu kamen US-Sanktionen.« Die *Spiegel Online*-Überschrift vom Sonntag (»Die Zahl der Todesopfer steigt, die Wut auf die Regierung wächst«) lässt erahnen, mit welchen Narrativen in den

kommenden Tagen zu rechnen ist. Nichts ist so verlässlich wie die Kampagnen der großen westlichen Medien. (vh)

<https://www.jungewelt.de/artikel/525055.victim-blaming.html>